



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



05.10.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Stand der Brexit- Verhandlungen

Bereits vier zähe Verhandlungsrunden zum Brexit haben die EU und Großbritannien hinter sich gebracht, ohne große Fortschritte. Daher fordert das Parlament die Mitgliedsstaaten jetzt auf, den Beginn der Gespräche über die künftigen Beziehungen mit Großbritannien aufzuschieben, bis die grundlegenden Austrittsmodalitäten geklärt sind. Jetzt gilt es, die folgenden Themen anzupacken: die Klärung der Bürgerrechte, die Nordirland-Frage und die finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens.

Rechnungshof stellt Jahresbericht 2016 vor

Zufrieden waren die Mitglieder des Europäischen Parlaments mit den Ergebnissen im 322-seitigen Bericht des Europäischen Rechnungshofs zu den Haushaltsausführungen im Jahr 2016. Rund die Hälfte der geprüften EU-Ausgaben ist im Wesentlichen nicht mit Fehlern

behaftet. Dies zeugt von bedeutenden Verbesserungen bei der Finanzverwaltung in der EU und gibt Hoffnung: Unsere harte Arbeit in der Haushaltskontrolle zeigt Früchte! Doch wir sind noch lange nicht am Ende. Vor allem bei der Verwirklichung der erklärten Ziele von Projekten sind die Ergebnisse des Berichts ernüchternd - lediglich 50 Prozent der realisierten Projekte haben erfolgreich zu mehr Wachstum und Beschäftigung beigetragen. Hier müssen wir deutlich nacharbeiten. Die europäischen Steuergelder sollen schließlich optimal verwendet werden. Darum setze ich mich weiterhin ein für ein effizienteres EU-Geldmanagement.

EU-Fluggastrechte bei Ryanair-Flugausfällen

Über 300.000 Personen sind bereits von den enormen Flugausfällen der irischen Fluggesellschaft Ryanair seit Mitte September betroffen, und es werden bis März 2018 wohl noch weitere hunderttausende dazukommen. Deshalb wurde nun im Parlament über die Folgen debattiert. Mehr-

heitlich wurde dafür geworben, die Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Behörden der Mitgliedsstaaten zu verbessern und die Rechte der Bürger konsequent zu schützen, die ihnen nach den EU-Fluggastrechten zustehen. Demnach haben betroffene Passagiere das Recht auf Umbuchungen, Rückerstattungen sowie Unterkunft und Verpflegung.

Europäischer Staatsanwalt auf der Zielgeraden

Das ist wirklich ein Anlass zur Freude für den europäischen Steuerzahler: Nach einem mühsamen, über vier Jahre dauernden Ringen zwischen den Mitgliedsstaaten ist die Rechtsgrundlage für die „Europäische Staatsanwaltschaft“ (EPPO) endlich unter Dach und Fach. Der EPPO ist eigentlich ein Finanzstaatsanwalt – seine Aufgabe wird sein, überall dort einzuschreiten, wo Subventionsbetrug, Bestechung und andere Straftaten zulasten des EU-Haushalts begangen werden. Bereits im Frühjahr konnte ich als Verhandlungsführerin mit den Mitgliedsstaaten die

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



05.10.2017

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Richtlinie festzurren, die regelt, für welche Delikte der EPPO zuständig ist – jetzt steht auch das institutionelle Gefüge. Dieses ist alles andere perfekt: Leider haben sich einige Mitgliedstaaten einer konsequent europäischen Lösung verweigert, daher wird die neue Behörde jetzt mehr auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit setzen, als dies ursprünglich vorgesehen war. Trotzdem: Ein Anfang ist gemacht. Ich werde mich nun dafür einsetzen, dass künftig nur noch diejenigen Länder Geld von der EU bekommen, die auch am EPPO teilnehmen – so viel Fairness zwischen den Mitgliedsstaaten muss schon sein!

Kinderehen ein Ende setzen

Das gilt nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten. So wurde mit großer Mehrheit ein Beschluss angenommen, der verschiedene Maßnahmen enthält, die dazu beitragen sollen, die Zwangsheirat von Minderjährigen einzudämmen. Zum Beispiel sollen die Rechte von Kindern durch

gesetzliche Standards gestärkt sowie Präventionsprogramme eingeführt und unterstützt werden.

Bekämpfung der Cyberkriminalität

Cyberkriminalität stellt eine wachsende Bedrohung dar: 50% aller Verbrechen ergeben sich aufgrund von Aktivitäten im Internet. In Europa gab es im Jahr 2016 täglich 4000 Angriffe von Erpressungstrojanern und Viren. Es muss Priorität der EU sein, die sozialen und ökonomischen Schäden von Cyberkriminalität zu bekämpfen, um die Rechtsstaatlichkeit und Strafverfahren im Netz zu verbessern. Ein Initiativbericht meiner Fraktion gibt dazu konkrete Handlungsvorschläge. Im Zentrum stehen dabei der Schutz Minderjähriger, die Verbesserung elektronischer Beweisaufnahmen und ein engerer Austausch zwischen Justiz und Polizei.

UN-Klimakonferenz in Bonn

Im November dieses Jahres sollen in Bonn Leitlinien für die Umsetzung

des Klimaabkommens von Paris ausgearbeitet werden. Im Parlament wurde diese Woche ein Entschließungsantrag angenommen, in dem unter anderem gefordert wird, dass die EU bei der Verteidigung des Pariser Abkommens eine Führungsrolle übernimmt und Finanzmittel für den Klimaschutz bereitgestellt werden. Außerdem wird die Kommission darin aufgefordert, eine Strategie auszuarbeiten, wie die EU bis Mitte des Jahrhunderts ganz auf Emissionen verzichten kann.

Besuch aus der Heimat in Straßburg

Diese Woche durfte ich im Parlament in Straßburg die Gewinner des Preisausschreibens begrüßen, das wir im Rahmen der diesjährigen Messe KON-TAKTA in Heidenheim veranstaltet haben.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Ich freue mich, dass der gebürtige Aalener Maximilian Günzler während eines 3-monatigen Praktikums unser Team verstärken wird.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle